

15

Rede Dr. Saufenbergs

über

Die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrates

in der

Vollversammlung des Großen Arbeiterrates
am 30. November 1918



Preis 30 Pfennig



In der Vollversammlung des großen Arbeiterrats, die am Sonnabend, 30. November 1918, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus zu Hamburg tagte, hielt Genosse Dr. Laufenberg folgenden Vortrag über die politische Lage:

Genossen und Genossinnen! Sie haben mir die Aufgabe gestellt, Ihnen einen Vortrag über die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrats zu halten. Ich komme dabei zunächst zurück auf die Tätigkeit, die der Arbeiter- und Soldatenrat bisher entfaltet hat.

Dem bestehenden Arbeiter- und Soldatenrat ging vorher ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat, der am 7. November an die Bevölkerung eine Bekanntmachung erließ. Zur Beurteilung der Tätigkeit des jetzigen Arbeiter- und Soldatenrats ist es notwendig, sich die damalige Bekanntmachung ins Gedächtnis zurückzurufen. Sie stellt an die Spitze einen fundamentalen Satz. Es heißt:

„Mit dem heutigen Tage hat der Arbeiter- und Soldatenrat den größten Teil der politischen Macht in die Hand genommen. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Große Aufgaben liegen vor uns. Damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.“

Das — die Einigkeit und Geschlossenheit — war der große Leitgedanke, den der provisorische Arbeiterrat voranstellte, der sich durchgesetzt hat, dem wir im Arbeiter- und Soldatenrat nachzufolgen bestrebt waren. Es sind dann in der Bekanntmachung eine Reihe von Forderungen erwähnt wie folgt:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen. 2. Vollständige Rede- und Pressefreiheit. 3. Unterlassung der Briefzensur. 4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte. 5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen. 6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben. 7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben. 8. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt. 9. Es gibt außerdem keine Vorgesetzten. 10. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes. 11. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrats einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren. 12. Jeder Angehörige des Soldatenrats ist von jeglichem Dienst zu befreien. 13. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrats zu treffen.



K 715

Die Forderungen sind für jede Militärperson Befehl des Soldatenrats.

Die Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrats werden angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittelzufuhren an die Geschäfte, insbesondere an die Kriegsfleichen, regelmäßig geschehen, damit die Bevölkerung ihre Lebensmittel erhalten kann.

So lauten die wesentlichsten Forderungen, die gestellt wurden. Den Kern dieser Forderungen bildete die Beseitigung der militärischen Gewalt; aber in dem ganzen Erlaß war von einer Besitzergreifung der vollen politischen Gewalt nicht die Rede. Im Gegenteil, der Rat erklärte, daß die politische Gewalt erst zum größten Teil in die Hand des Arbeiterrats übergegangen sei. Daß man von der politischen Gewalt Besitz ergreife, daß man ins Rathaus gehe und sich dort einquartiere, davon war in dem Erlaß nicht die Rede. Und es ist auch in den ersten Tagen nach der Revolution nichts geschehen, um die politische Macht in vollem Umfang in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats zu legen. Es konnte daher dem Arbeiter- und Soldatenrat, als er aussprach, was der eigentliche Inhalt der Revolution war — daß nämlich durch die Tatsache der Revolution Senat und Bürgerschaft aufgehört hätten zu bestehen —, entgegengehalten werden: Ihr handelt nicht als Ausdruck der Revolution, die sich vollzogen hat, sondern Ihr beseitigt durch einen Ufaß Senat und Bürgerschaft; nicht die Revolution hat diese abgeschafft, sondern Ihr seht sie willkürlich als Machthaber ab. Und dieser Einwand ist denn auch in den Verhandlungen, die wir mit dem Senat gehabt haben, uns deutlich entgegengehalten worden. Der gleiche Gedanke hat die öffentliche Diskussion beherrscht. Es war eben ein Angriffspunkt, mit dem der Rat sich abfinden mußte.

Der Inhalt der Revolution war in jener Bekanntmachung deutlich ausgesprochen, die erklärte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen habe, daß kraft der Tatsache der Revolution Senat und Bürgerschaft nicht mehr beständen und über die weitere Gestaltung der Verhältnisse die später zu schaffenden Körperschaften beraten würden. Jede Revolution schafft aus sich heraus neues Recht, und dieses neue Recht beruht auf der Tatsache der Macht, auf der Tatsache, daß eben die Revolution zum Siege gekommen ist. Tatsächliche politische Machtverschiebung ist die Grundlage der Rechtsordnung, wie sie aus einer Revolution erwächst. Wir gingen mit jener Bekanntmachung über das hinaus, was man in den übrigen Einzelstaaten des Reiches getan hat. Wir erklärten, daß die Arbeiterklasse in vollem Umfange die Ausübung der politischen Macht im Hamburger Staatsgebiet übernommen habe und daß fürder nicht mehr Senat und Bürgerschaft, sondern Arbeiter- und Soldatenrat die Regierung in Hamburg darstellten.

Diesem Grundsatz entsprechend haben wir gehandelt. Am Morgen nach der Bekanntmachung hatten wir eine Sitzung mit dem gesamten Senat und hier legten wir den Herren kurz und klar unsern Standpunkt dar. Wir haben ihnen gesagt: als politische Körperschaften besteht

ihr nicht mehr, seid ihr nicht mehr vorhanden. Es wurde uns darauf erklärt: Wir fügen uns der Gewalt. Wir haben aber in dieser Zusammenkunft gleichzeitig ausgesprochen, daß uns die Mitarbeit eines jeden, der sich voll und rückhaltlos auf den Boden des gegebenen Zustandes stelle, angenehm und willkommen sei. Es hat uns darin die Ermägung geleitet, daß es ein zwingendes und dringendes Gebot für die Revolution war, sich des Verwaltungsapparates zu bemächtigen und den Verwaltungsapparat in seinen Funktionen aufrechtzuerhalten. Eins liegt auf der Hand: wenn der Verwaltungsapparat eine Störung erleidet und nicht mehr funktioniert, wenn der Gang der Geschäfte nicht aufrechterhalten werden kann, so kann die Familienunterstützung nicht mehr gezahlt werden, können die nötigen Vorräte nicht herangeschafft werden durch Banken und Sparkassen, um die Löhne auszusahlen; es stockt die ganze Geldzirkulation und es ist schließlich unmöglich zu kaufen und etwas zu bekommen. Es lag also durchaus im Interesse der Revolution, sich des Verwaltungsapparates zu vergewissern. Wir haben uns daher gesagt, der Verwaltungsapparat soll ungestört wie bisher funktionieren, er soll ungestört weiterlaufen, aber unter der politischen Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats. Nicht Zerstörung und nicht Zerplitterung dieses Apparates, sondern Kontrolle! Er soll weiterlaufen im Sinne derjenigen Politik, die der Arbeiter- und Soldatenrat für die richtige hält.

In Konsequenz der Erklärung, die uns der Senat gab, daß er sich auf den Boden des gegebenen Zustandes stelle, ist dann eine Bekanntmachung erschienen, wonach zwecks Ueberleitung in die neuen Verhältnisse eine Kommission gebildet wurde, die aus Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und Mitgliedern des Senats bestand. Es gehörten vom Senat dieser Kommission an die Herren Dr. v. Melle, Dr. Petersen, Dr. Schäfer, Dr. Diestel und v. Behrenberg-Göbler.

Es wurde ferner nach Maßgabe der dargelegten Gesichtspunkte in dieser Bekanntmachung ausgesprochen, daß Verwaltungsbehörden und Kommissionen bestehen bleiben und daß das Publikum sich wie bisher an die zuständigen Behörden wenden müsse; die Gesetze, Gerichte, Verträge und Steuerpflichten bleiben in Kraft. Es war damit ausgesprochen, daß der gesamte Apparat weiterlaufen sollte, wie gesagt, unter der politischen Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats.

Es kommt weiter in Betracht, daß der gesamte Ernährungszustand Deutschlands ein überaus kläglicher und trostloser ist. Die Dinge sind so trostlos, so fürchterlich, daß man mit Worten kaum schildern kann. Die Wirtschaft des alten Regiments ist total zusammengebrochen, der Wirtschaftsplan reicht nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres.

Darüber hinaus kommen wir wohl noch einige Monate, vielleicht bis Ostern; dann ist Schluß, dann haben wir nichts mehr. Was später werden soll, darüber wissen wir noch nichts. Um überhaupt existieren zu können, bedürfen wir notwendigst der Einfuhr vom Ausland. Um zu existieren, brauchen wir Kredite im Betrage von 5 bis 6 Milliarden Mark, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen. Diese Kredite, diese Einfuhr sind ohne Hamburg, ohne die Personalverbindungen der Hamburger Kaufhäuser nicht zu beschaffen. Diesen Zustand, der besteht, können keine Dekrete des Arbeiter- und Soldatenrats aus der Welt schaffen. Das ist die Grundlage der Dinge. In Erkenntnis dieser Sachlage sind dann zwei weitere Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats erschienen. Die eine sagt, daß Hamburg als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten fortbesteht, bis im Reiche über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein werde. Die Finanzdeputation in Hamburg blieb nach Maßgabe der bestehenden Gesetze zur Vertretung des Staates nach außen, insbesondere auch allein dazu berechtigt, mit rechtsverbindlicher Kraft für den Staat Verpflichtungen einzugehen und Notgeld auszugeben.

Diese Bekanntmachung schafft die Möglichkeit und gibt eine Basis, um trotz der gezeichneten politischen Umwälzung die nötigen Barmittel durch inländische und ausländische Kredite zu beschaffen. Es hat sich um die Fassung dieser Bekanntmachung zwischen den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und den Vertretern des Senats ein heftiger Kampf abgespielt. In der ersten Formulierung lautete der erste Satz: „Der Hamburgische Staat besteht als Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten fort . . .“ Später wurde die erst erwähnte Formulierung gewählt, eine Fassung, die politisch dasselbe sagt, die aber die juristischen Hindernisse beseitigte. Die Herren vom Senat wollten erheblich weiter gehen, ohne daß diesen Bemühungen Erfolg beschieden gewesen wäre.

Die zweite Bekanntmachung hat in einige neue Kreise der Arbeiterschaft eine gewisse Opposition erfahren. Ich möchte deshalb auf diese Bekanntmachung etwas näher eingehen. Es heißt in derselben:

„Für alle das Volk vertretenden Körperschaften in der Stadt Hamburg, ihrem Landgebiet und dessen Gemeinden gilt in Zukunft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts mit einer Altersgrenze von 20 Jahren nach dem Grundsatz der Verhältniswahl.

Für die Stadt Hamburg, ihr Landgebiet und dessen Gemeinden wird tunlichst bald eine Bürgervertretung und eine leitende Verwaltungsbehörde geschaffen werden.

Bis zur endgültigen Konstituierung dieser Körperschaften beruft der Arbeiter- und Soldatenrat zum Zwecke der Aufrechterhaltung der hamburgischen Verwaltung, insbesondere des hamburgischen Finanzwesens, die Mitglieder des früheren Senats und der früheren Arbeiterschaft, denen, unbeschadet der Ausübung der politischen Gewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die Erledigung der zur Erreichung der genannten Zwecke erforderlichen Angelegenheiten obliegt.

Gegen ihre Beschlüsse steht dem Arbeiter- und Soldatenrat das Veto zu.

Dem Senat werden als Beigeordnete vier Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats beigegeben. Ebenso wird der Finanzdeputation ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats als Beigeordneter beigegeben.

Der Senat bildet bis zur anderweitigen Regelung die den einzelnen Verwaltungsbehörden vorgelegte Aufsichtsbehörde und die Beschwerde-Instanz in Verwaltungsangelegenheiten. Dem Senat liegt ferner die ihm durch die Reichsregierung übertragene Mitwirkung in Verwaltungsangelegenheiten ob.“

Diese Bekanntmachung beruft Senat und Bürgerschaft, die durch die Tatsache der Revolution aufgehört haben, als politische Gewalten zu bestehen, vorläufig und für eine Zwischenperiode als kommunale Gewalten. Man hat gesagt, es seien Senat und Bürgerschaft vom Arbeiter- und Soldatenrat wieder eingesetzt worden. Das ist in keiner Weise richtig. Ein großes Gemeinwesen wie Hamburg kann ohne einen Magistrat und ohne eine kommunale Vertretung nicht existieren. Würde es dieser Körperschaften ermangeln, so wäre der Verwaltungsapparat nicht zusammenzuhalten. Dieser Apparat würde gekört werden und auseinanderfallen. Es wird niemand bekommen, etwa zu sagen: weil die deutsche Revolution vor sich gegangen ist, dürfen Berlin, Frankfurt, Leipzig, Dresden usw. keinen Magistrat und keine kommunale Vertretung haben. Hamburg ist ein Stadtstaat; die staatlichen Funktionen von Senat und Bürgerschaft hörten auf; damit waren zugleich die kommunalen Verwaltungsorgane beseitigt. Diese aber mußten in irgendeiner Form wieder hergestellt werden. Es ist in der Bekanntmachung an die Spitze gestellt als leitender Satz — und er ist durch die Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrats Gesetz geworden —, daß für alle das Volk vertretenden Körperschaften das allgemeine Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Personen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gelten soll. Es ist ferner ausgesprochen, daß die Vertretung von Hamburg auf Grund dieses Gesetzes zu wählen sei. Aber bis diese neue kommunale Vertretung zusammentreten kann, bis die Grundlagen geschaffen sind, daß Wahlen stattfinden können, vergehen nicht Wochen, sondern Monate. Für diesen Zwischenzustand mußte in irgendeiner Form Ersatz geschaffen werden. Es mußten Organe geschaffen werden, um den Gang der Verwaltung ungestört erhalten und die nötigen Kredite und Zirkulationsmittel beschaffen zu können. Hier gab es nur einen Weg, indem Senat und Bürgerschaft als kommunale Körperschaften mit lediglich kommunalen Befugnissen berufen wurden.

Es ist ja auch damals ausgesprochen worden, auch von der „Roten Fahne“, es wäre töricht, sich die Tatsache zu verheimlichen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich auf den Rückzug begeben habe. Hat der Arbeiter- und Soldatenrat wirklich den Standpunkt verlassen, den er von Anfang an eingenommen hat? Nein! Er ist nicht nur nicht zurückgewichen, sondern ich darf aussprechen, daß durch

diese Erlasse die Stellung des Arbeiterrats den alten Gewalten gegenüber wiederholt klar und in ganz eindeutiger Weise umgrenzt und festgelegt worden ist. Sie alle kennen jenes Hamburger Blatt, das, so sehr es uns bekämpft hat, sich durch einen klaren, realpolitischen Instinkt auszeichnet und immer die Sache, namentlich soweit die Macht in Frage kam, richtig beurteilt hat: die „Hamburger Nachrichten“. Ich lese Ihnen wenige Sätze vor, in denen sie zu diesem Erlasse des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats Stellung nehmen.

Das Blatt (Nr. 592 vom 19. November) sagt, daß die Mitglieder des Senats und der Bürgerschaft wieder auf ihre Posten berufen würden. Dann heißt es weiter: „Aber ihre Aufgaben und Rechte sind gekürzt, als politische Gewalten bleiben sie ausgeschaltet. (Die politische Gewalt wird vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgeübt.) Zu erledigen haben sie die Angelegenheiten, die erforderlich sind zur Aufrechterhaltung der hamburgischen Verwaltung, insbesondere des Finanzweins. Will sagen: da der Arbeiter- und Soldatenrat selbstverständlich in der vielverweigten, tief in der Bevölkerung wurzelnden und von unzähligen bürgerlichen Mitarbeitern getragenen Verwaltung sich nicht entfernt auskennen kann, so ist er genötigt und willens, die bisherigen Triebkräfte der Verwaltungsmaschine bei ihrer gewohnten Arbeit zu belassen.“

Aber auch in dieser Arbeit sind beide Körperschaften nicht mehr entscheidend und bindend. Dem Senat werden vier Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats, der Finanzdeputation ein solcher Vertreter beigeordnet; offenbar mit der Befugnis, die Beschlüsse dieser Stellen so zu lenken, daß sie mit dem Willen des Arbeiter- und Soldatenrats übereinstimmen. Man kann das füglich als einen Zustand der bürgerlichen Diktatur und des praktischen Militarismus kennzeichnen.

Beiden Körperschaften gegenüber, insbesondere auch der Bürgerschaft, steht für ihre Beschlüsse das Vetorecht dem Arbeiter- und Soldatenrat zu. „Veto“ heißt auf deutsch: „Ich verbiete.“ Der Zustand ist also der, daß die Bürgerschaft wohl die laufenden Arbeiten erledigen darf, daß aber ihre Arbeiten der Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrats unterliegen, wie etwa die Arbeiten eines Bureaubeamten der Genehmigung durch den Regierungsrat oder höhere Stellen. Daß dabei von einer Regierung und von einer Volksvertretung nicht die Rede sein kann, liegt auf der Hand.

Es ist demgemäß auch nicht richtig, die wiederauferstandene Bürgerschaft nun etwa mit einer Stadtverordnetenversammlung zu vergleichen; dazu fehlt ihren Beschlüssen die gesetzliche Gültigkeit, auch in rein gemeindlichen Angelegenheiten. Während sie politische Beschlüsse (etwa über Verfassungsänderungen) überhaupt nicht fassen kann, können ihre kommunalen Beschlüsse nur durch den Arbeiter- und Soldatenrat, also durch Diktatur, gesetzliche Wirkung erlangen.

Aber auch hier sieht man keineswegs klar. Denn Hamburg ist ein Stadtstaat; und es läßt sich nicht immer genau abgrenzen, was staatlich oder städtisch sei . . . (Zolgen Beispiele.)

Insgesamt also ist bei dem staatsrechtlichen Grundwesen Hamburgs durchaus nicht klar zu übersehen, welche Rolle bis zur end-

gültigen Neuverfassung die Bürgerschaft spielen wird. Die einer Volksvertretung gewiß nicht; vielmehr wird sie ein Arbeitsapparat sein, dem jein Pensum nach dem Gutdünken des Arbeiter- und Soldatenrats zugewiesen wird, und dessen Arbeitsergebnis zu diesem Inhaber der Gewalt zu genehmigen sein wird. Wie weit man damit in der hamburgischen Verwaltung kommen wird, hängt ganz von der Stimmung dieses Machtbesitzers ab.“

So das Blatt. Und von einigen libertarischen oder geringfügigen Wendungen abgesehen, kennzeichnet dieser Artikel der „Hamburger Nachrichten“ in der Tat die Situation. Die Gewalt liegt in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats, Senat und Bürgerschaft bestehen als politische Körperschaften nicht mehr, sie haben lediglich kommunale Befugnisse, die ausgeübt werden unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats.

Es hat ja just in den letzten Tagen ein merkwürdiger Vorfall gespielt, der deutlich zeigt, daß die Lage tatsächlich so ist, wie ich sie gekennzeichnet habe. Sie wissen, daß ich eine Erklärung im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats in der Bürgerschaft abgegeben habe. In der letzten Zeit glaubten die Gegner, es sei für sie eine Besserung der Dinge im Anzuge. Eine gewisse freudige Stimmung herrschte in der bürgerlichen Presse, und aus dieser Stimmung heraus sind merkwürdige Vorgänge entstanden. Die erste Sitzung der Bürgerschaft wurde auf den verfloffenen Mittwoch berufen, und es hieß in der Presse, daß vom Vorstand der Bürgerschaft ein von allen Fraktionen unterstützter Antrag folgenden Wortlauts eingebracht werden solle:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat, tunlichst bald einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für alle Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts vom 20. Lebensjahre an eingeführt wird.“

Es ist ja gewiß erfreulich, wenn die bisherigen Wahlrechtgegner sich zum allgemeinen Wahlrecht und obendrein noch zu jener Form desselben bekehrt haben. Aber die Absicht hatte eine bestimmte politische Tendenz. Die Verfügung, daß das allgemeine Wahlrecht in dieser Form für alle das Volk vertretenden Körperschaften Geltung haben soll, besteht, und diese Verfügung ist kraft des Erlasses des Arbeiter- und Soldatenrats Recht und Gesetz. Es war nicht notwendig, ein neues Gesetz zu erlassen, und wenn die Fraktionen der Bürgerschaft verstanden, Senat und Bürgerschaft mit der Einführung eines derartigen Gesetzes zu betrauen, dann lag darin der offene Verriuch, an die Stelle des Arbeiter- und Soldatenrats wieder die alten Körperschaften, Senat und Bürgerschaft, zu setzen, Senat und Bürgerschaft wieder als politische Körperschaften einzuführen. Dieser Versuch ist nach allen Richtungen hin fehlgeschlagen.

Die Pressenotiz wäre zunächst insofern zu ergänzen, als die sozialdemokratische Fraktion — was im „Echo“ nicht zu ersehen gewesen — beantragt hatte, die Bürgerschaft solle den Senat ersuchen, „veranlassen zu wollen“, tunlichst bald jenen neuen Gesetzentwurf

vorzulegen. Es waren also hier die Worte „veranlassen zu wollen“ eingeschoben. Aber auch mit Einfügung dieser Worte hätte der Wahlrechtsantrag den allerschärfsten Bedenken begegnen müssen. Senat und Bürgerschaft wurden wieder „gesetzgebende“ Faktoren. Zwar konnte sich der Senat, wenn es ihm gefiel, an den Arbeiter- und Soldatenrat wenden, aber die Bürgerschaft jedenfalls reservierte sich in vollem Umfange das Recht, den Arbeiter- und Soldatenrat nicht anzuerkennen. Am Tage, wo die Notiz erschien, habe ich in der Sitzung des Senats die Sache sofort zur Sprache gebracht und erklärt, daß diese Notiz die allerbedenksamsten Wirkungen zeitigen und bei denjenigen Schichten, die die Revolution getragen und durchgeführt hätten, arge Erregung auslösen müsse. Auch Senator Dr. Schäfer, mit dem ich in einer andern Angelegenheit eine Besprechung hatte, habe ich deutlich erklärt, daß es sich hier um das Aufwerfen der Nachtfrage handele. (Sehr richtig! von allen Seiten.) Kurz vor der Sitzung der Bürgerschaft hatten wir mit dem Präsidenten derselben eine Besprechung wegen der Abgabe unserer Erklärung. Da war nun der angekündigte Wahlrechtsantrag mit einem Male verschwunden. Der Präsident sagte uns, es würde der Antrag nicht zur Beratung kommen, er sei zurückgezogen und wir sollten uns doch mit dieser Zurückziehung begnügen. Er meinte, wir möchten es der Bürgerschaft ersparen, unter ein solches Joch zu treten. Das war freilich ein merkwürdiger Rückzug, aber die bloße Zurückziehung genügt uns nicht. Wir bestanden auf der Abgabe der Erklärung und setzten sie durch. Sie spricht nochmals kurz, aber klar und deutlich aus, welche Funktionen Senat und Bürgerschaft zu erfüllen haben. Die Erklärung lautet:

„Meine Herren! Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats habe ich der Bürgerschaft die Mitteilung zu machen, daß infolge der Revolution die politische Gewalt auf den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen ist. Senat und Bürgerschaft sind als politische Körperschaften ausgeschaltet. Sie bestehen aber als kommunale und Verwaltungskörperchaften weiter fort. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß diese Verteilung der Zuständigkeiten von der Bürgerschaft ebenso anerkannt wird, wie sie vom Senat anerkannt worden ist.“

Diese Erklärung wurde in der Bürgerschaft abgegeben, nachdem die Fraktionen eine längere Beratung gepflogen hatten. Die Erregung, die die Sache auslöste, hat sich ja dann auch in den Worten kundgegeben, die der Präsident Dr. Schön an die Erklärung in der Bürgerschaft geknüpft hat. Ich habe hier das stenographische Protokoll vor mir. Danach ist seine Rede wesentlich verschieden von dem, was die Presse für gut gehalten hat, darüber zu bringen. Die Presse hat es für richtig gehalten, die Ausführungen nicht vollständig wiederzugeben. Das ist nach dem Wortlaut dieser Ausführungen verständlich. Ich greife nur wenige Sätze heraus:

„Ich bin aber berufen, als Vertreter der Bürgerschaft im Namen der ganzen Bürgerschaft gegen diese Gewalt Herrschaft einer Minderheit, die vom Volke nicht erwählt und nicht bestätigt ist, gegen die

Beschränkung der Befugnisse von Senat und Bürgerschaft und gegen die Nichtachtung der hamburgischen Verfassung ebenso feierlich wie nachdrücklich Verwahrung einzulegen!“

Ich glaube, es ist niemand weniger berechtigt, im Namen der Hamburger Öffentlichkeit, im Namen der Hamburger Bevölkerung zu sprechen als der Herr Präsident Dr. Schön. (Richtig! von allen Seiten.) Weiter versucht er, der jetzigen Regierung die Verantwortung für die Nahrungsfrage aufzubürden. Es heißt hier:

„Es ist aber auch damit nicht genug geschehen, daß nur die Verwaltung wieder einigermaßen in Gang gesetzt wird; die wichtigste Frage, die uns beschäftigt, ist die Nahrungsmittelfrage, und eng verbunden mit der Nahrungsmittelfrage ist die Frage der Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens. Anstatt Industrie und Fabrikbetrieben auch nur eine angemessene Frist zu lassen, um sich in die ganz neuen Verhältnisse einzuarbeiten und sich den Forderungen anzupassen, wird durch überstürzte und überspannte Eingriffe, insbesondere durch Lohnfestsetzungen, die ohne Rücksicht auf die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Leitung gemacht sind, unsere Industrie vor die Gefahr des Zusammenbruchs gestellt. Ob die Herren, die das beschließen, dabei einem Druck weichen, der von den Arbeitern auf sie ausgeübt wird, dem sie nicht genug standhalten können, das weiß ich nicht. Tatsache ist aber jedenfalls, daß sie bisher in einer Weise vorgegangen sind, die sich mit der von ihnen beabsichtigten Ablicht, unser Wirtschaftsleben zu schützen, schlechterdings nicht vereinigen läßt. . . .“

Ich will auch hier mit einer Verwahrung der Hamburger Bürgerschaft gegen diese Eröffnung unserer Wirtschaftslebens schließen und mit dem Wunsche, daß bald Wandel und Einsicht kommen möge. Sie muß aber bald kommen, sonst wird es zu spät sein.

Ich habe hinzuzufügen, daß ich namens des Herrn Dr. Laufenberg, der hier die Erklärung abgegeben hat, Ihnen sagen kann, daß der Vorgang, den Sie heute hier erlebt haben, sich nicht wiederholen wird, da die Herren des Arbeiter- und Soldatenrats nicht beabsichtigen, in Zukunft die Verhandlungen der Bürgerschaft zu stören oder zu beschränken.“

Auf die ersten Bemerkungen zu antworten, halte ich nicht für nötig, und nur soviel will ich sagen: eine Verantwortung für die jetzige Lage der Volksernährung lassen wir uns unter keinen Umständen zuschieben. (Sehr richtig!) Nicht wir sind schuld daran, daß man 4 Jahre hindurch Krieg geführt hat, nicht wir waren die Kriegsbegehrten. Der Krieg und seine Wirkung auf das Wirtschaftsleben sind nicht unser Werk, wohl aber das Werk jener Kreise, die um den Präsidenten Dr. Schön und nicht um uns stehen. (Sehr richtig!) Weiter ist gesagt: „Ich habe hinzuzufügen, daß ich namens des Herrn Dr. Laufenberg Ihnen sagen kann, daß der Vorgang sich nicht wiederholen wird, da die Herren des Arbeiter- und Soldatenrats nicht beabsichtigen, in Zukunft die Verhandlungen der Bürgerschaft zu stören oder zu beschränken.“ Demgegenüber betone ich, daß der Präsident Dr. Schön gegen die zwischen ihm und uns getroffenen

Vereinbarungen gehandelt hat. Die Erklärung, die er unter Berufung auf mich abgegeben hat, hat nicht so gelaute, wie sie erfolgt ist. Wir haben erklärt, daß es nicht in unserer Absicht liegt, in den Verhandlungsgang der Bürgerschaft einzugreifen, sofern die Verteilung der Zuständigkeiten von der Bürgerschaft respektiert würde. An diese Bedingung ist die Zusage geknüpft, und ich spreche dies aus, damit die Öffentlichkeit weiß, wie es sich um die Sache verhält. Auch Herr Dr. Schön wird gut daran tun, wenn er sich vor Augen hält, wie die Worte wirklich gelaute haben und nicht, wie er für gut befunden hat, sie wiederzugeben.

Ich sagte vorhin, daß bei der Beschaffung der Einfuhr und vor allen Dingen der ausländischen Kredite, ohne die wir in den nächsten Monaten nicht leben und das Wirtschaftsleben nicht wieder auf die Beine bringen können, wir des Personalkredits der Hamburger Kaufhäuser bedürfen. Hierbei ist die bürgerliche Mitwirkung nicht zu entbehren. Wir im Arbeiter- und Soldatenrat erkennen diese Sachlage, und wir sind bereit, ihr Rechnung zu tragen. Aber wenn man glaubt — das möchte ich hier klar und deutlich aussprechen —, nun etwa von diesem Punkte aus einen Druck auf uns ausüben zu können, um uns weiterzudrängen, als sich mit den Interessen der Arbeiterklasse und unserm Auftrag verantworten läßt, wenn man das versuchen sollte, so werden die Herren auf einen unbeugbaren, entschlossenen Widerstand stoßen. (Bravo!) Denn wenn wir jenes wissen, so wissen wir doch auch noch etwas anderes. Die Revolution ist nicht abgeschlossen, und wir, die wir an der Spitze stehen, sind die einzigen, die es noch versuchen können, die Dinge in friedlicher und unblutiger Weise in den neuen Zustand hinüberzuführen. (Sehr richtig!) Die Dinge liegen so, daß wir zwar in der jetzigen Lage bis zu einem gewissen Grade der bürgerlichen Mitwirkung nicht entbehren können; aber in viel höherem Grade als wir das Bürgertum braucht das Bürgertum uns. (Sehr richtig!) Ueber diese Sachlage kann man sich und soll man sich nicht täuschen.

Ich möchte Ihnen nun ein paar Worte darüber sagen, wie der Arbeiter- und Soldatenrat die politische Kontrolle des Verwaltungsapparats ausgeübt hat. Ohne die volle politische Gewalt vermögen wir überhaupt nichts, und die politische Kontrolle des Verwaltungsapparats ist nur ein erster Notbehelf. Wir müssen den Apparat in unserm Sinne ändern. Aber dies steht noch in der Zukunft und läßt sich im Rahmen eines früheren Partikularstaates nur in ganz beschränktem Maße in Angriff nehmen. Für den Augenblick jedenfalls ist mehr als eine politische Kontrolle nicht möglich. Der Rat hat eine Gliederung nach Arbeitskommissionen geschaffen, die Ihnen mein Freund Siefert in der letzten Sitzung bereits vorgetragen hat. Die Kommissionen befassen sich mit den einzelnen Verwaltungsgebieten, der Justiz, der Sozialpolitik, Schule und Erziehung, Handel, Schifffahrt und Gewerbe, Polizei usw. Es sind in dieser Weise 14 verschiedene Arbeitsabteilungen geschaffen, die den Zweck haben, die Maschinerie im

Sinne des Arbeiter- und Soldatenrats laufend zu erhalten. In die wichtigsten Verwaltungen und Körperlichkeiten sollen ferner Kommissare hineingesandt werden. Allerdings kann die Bestellung solcher Kommissare erst erfolgen, wenn die Maschine sich tatsächlich eingelaufen hat. Es handelt sich da um eine höchst wichtige Sache. Wir können und dürfen an solche Plätze niemand hinstellen, wenn wir nicht die Gewißheit haben, daß die mit der Bestellung verfolgten Zwecke auch wirklich erfüllt werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat übt dabei die Regierungsfunktionen aus, die unmittelbar aus der Revolution erwachsen sind. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind eine Vertretung nicht nur der organisierten Arbeiter und bestimmter Organisationen, sondern aller Arbeiter und aller Organisationen. Es ist verständlich, wenn die Gegenseite versucht, in die Räte bürgerliche Elemente hineinzuschleiben. Solchen Versuchen begegnet man namentlich in den kleinen Städten und auf dem Lande. Es kann aber nicht eindrucklich genug davor gewarnt werden, sich auf diese Bahn zu begeben. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollten als Vertretung und Werkzeuge der Arbeiterklasse erhalten bleiben. (Sehr richtig!) Sehr wichtig ist ferner die Säuberung des bestehenden Verwaltungsapparats von Personen, die wir als eingefleischte Gegner der Arbeiterklasse und als Sammelpunkte der Konterrevolution kennen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben wir unter andern die Landräte von Wandersbek und Pinneberg beseitigt. Es befremdet allerdings die merkwürdige Tatsache, daß wir uns dabei nicht der Mitwirkung und der Billigung der Berliner Regierung erfreuen. Sie hat gegen die Amtsenthebung Einspruch erhoben. Wir haben uns aber nicht irre machen lassen und an diesen Einspruch nicht gelehrt (Sehr richtig!), sondern die Maßnahme aufrechterhalten. Eine Regierung, die selber aus der Revolution hervorgegangen ist, sollte soviel revolutionäres Gefühl haben, um uns nicht die Kompetenzen der beseitigten preussischen Monarchie entgegenzuhalten.

Noch eins! Es ist von Berlin aus verfügt worden, es sollten sämtliche Offiziere wieder in ihre alten Gehälter und Stellungen einrücken. Ich habe schon in Berlin auf der Konferenz der Einzelstaaten gesagt, daß an der Wasserfront voraussichtlich wenig Lust vorhanden sein werde, sich diesen alten Offiziersapparat wieder auf die Nase setzen zu lassen (Sehr richtig!), nachdem wir ihn durch die Revolution losgeworden sind. Es ist ferner von der Berliner Regierung verfügt worden, daß die alte Nachrichtenabteilung des Generalkommandos wieder ins Leben treten werde und unter der Leitung des früheren Chefs weiterarbeiten soll. (Lachen.) Diese Nachrichtenabteilung ist ein Spionagebureau, das den Zweck hat, aus dem Auslande Ermittlungen herbeizubringen, um im Wege des Schleichhandels Nahrungsmittel zu kaufen. Das Spionagebureau ist aber auch noch zu andern Zwecken benutzt worden. Ich sage dies ausdrücklich, damit die Öffentlichkeit unterrichtet ist. Es wäre eine der ersten Pflichten der Berliner Regierung gewesen, mit solchen unsauberen Resten des alten Regiments, wie sie die geheime

Spionage darstellt, aufzuräumen. Wir haben daher an die Berliner Regierung den Antrag gestellt, dieses Nachrichtenbureau zu schließen. (Sehr richtig!)

Noch ein paar kurze Worte zu der Politik des Arbeiter- und Soldatenrats im einzelnen. Ich kann natürlich unmöglich auf die Ueberfülle von Einzelheiten, vor denen wir vom ersten Tage an standen, eingehen. Daher nur einige ganz allgemeine Worte. Das Arbeitsamt tritt am 3. Dezember in Wirksamkeit. In den nächsten Wochen werden wir mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Arbeit ist zwar in Hülle und Fülle da; denn der Krieg hat unendlich viel zerstört, auch in unserm eigenen Lande, so daß die Arbeitskräfte an und für sich nicht ausreichen würden. Aber wir werden großen Mangel an Rohmaterialien und mit andern Umständen zu rechnen haben. Jedenfalls besteht die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit zunimmt und daß dieser Zustand für die nächsten Wochen andauern wird. Um nach Möglichkeit die Lage zu mildern, wird für Arbeit in großem Umfange gesorgt werden müssen. Es sind Notstandsarbeiten in die Wege zu leiten, Arbeiten, die sich von der bisherigen Praxis wesentlich unterscheiden. Die Arbeitslosenunterstützung wird monatlich etwa 30 Millionen betragen, vielleicht noch auf eine höhere Summe sich belaufen. Wieviel produktive Arbeit kann dafür geleistet werden! Man kann mit Hafen- und andern Bauten beginnen. Es gilt, die Kriegsindustrie auf den Friedensfuß umzustellen. Wie groß ist nicht der Bedarf an rollendem Material! Nicht kleine Mittelchen, nur eine Löhne und großzügige Arbeitspolitik kann da helfen.

Abhängig ist die Frage der Notstandsarbeiten zum großen Teil davon, daß es gelingt, ein Großhamburg zu schaffen. Sie wissen, was mit diesem Worte gesagt ist. Auf den 3. Dezember ist eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte der engeren und größeren Nachbarchaft einberufen, um Besprechungen zu pflegen und eine erste Grundlage zu schaffen, um zu einem Großhamburg zu kommen. Das Ziel ist, von der Elbmündung im Süden das Gebiet bis Lüneburg und Bleckede und im Norden die Kreise Stormarn und Pinneberg zunächst im Wege des Zweckverbandes Hamburg anzugliedern. Hamburg braucht nicht nur die See, es braucht auch ein Hinterland, um Industrie, Schifffahrt und Handel so entwickeln zu können, wie es dem Bedürfnis von ganz Deutschland entspricht. Darauf geht die ganze Entwicklung hinaus, daß sich innerhalb des Reiches geschlossene Wirtschaftsgebiete bilden, in denen eine wirtschaftliche Tätigkeit vorherrscht und die diejenigen Teile des Landes, die im Bereiche dieser Tätigkeit — hier des Handels — stehen, im Verwaltungswege erfasst und ihrem natürlichen Zentrum angliedert. Damit würde auch die Frage, ob föderative oder zentralistische Republik, von selber ihre Erledigung finden; sie würde bei einer solchen Gliederung des Reiches gegenstandslos und zum bloßen Wortstreit werden.

Mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats ist ein Wirtschaftsrat gebildet worden aus Vertretern der Handelskammer, der Detailistenkammer und der Gewerbekammer; daneben tritt eine Konsum-

mentenkammer. Wie die Lage ist, konnten wir bei der Zusammenfassung und Zusammenfassung des Wirtschaftsrats keine Experimente machen. Wir mußten die Körperschaften nehmen, die vorhanden waren und die uns die Gewähr gaben, daß sie den übergroßen Teil der Kapitalkraft Hamburgs zusammenfassen. Denn die Einfuhr hängt wesentlich von der Kapitalkraft der Körperschaften ab, die sich zunächst dieser Aufgabe widmen.

In einer der letzten Sitzungen hat der Rat einen Beschluß gefaßt, der von grundlegender Bedeutung werden kann. Bei der ersten Zusammenkunft mit dem Wirtschaftsrat wurden lebhafte Klagen erhoben über die Höhe der Löhne. Wir haben den Herren keinen Zweifel gelassen, daß auch da, wo man vielleicht von hohen Löhnen sprechen kann, diese Löhne nicht das zu laufen gestatten, was die Arbeiterschaft sich vor dem Kriege mit weit geringeren Löhnen kaufen und leisten konnte. (Sehr richtig!) Der Reallohn ist überall gesunken, auch wo der Geldlohn gestiegen ist. Wir haben ferner den Herren keinen Zweifel gelassen, daß die Arbeiterklasse erwartet, daß bestimmte Grundforderungen durch die Revolution verwirklicht werden. Dazu gehört in erster Linie die Frage des Achtstundentages; der Achtstundentag ist da, und es darf unter keinen Umständen daran gerüttelt werden. (Sehr richtig!) Auch bestehende Gewerkschaftsverträge dürfen nicht dazu dienen, um die Arbeiter zu beeinträchtigen und illusorisch zu machen, was die Revolution geschaffen hat. (Sehr richtig!) Es ist ja richtig: soll unter den heutigen Preisen — nicht nur der Arbeitskraft, sondern aller Produktionsmittel — auf dem Weltmarkt konkurrenzieren werden, dann wird, namentlich da der Wert der Mark heute draußen unter 50 $\frac{1}{2}$ steht, die Konkurrenz wohl ein vergeblicher Versuch bleiben. Aber daran trägt die Arbeiterklasse keine Schuld. Sie hat den Krieg nicht gemacht, sie hat die Preise der Lebensmittel nicht in die Höhe getrieben, sie ist nicht schuld am Kriegswucher und Schleichhandel. Vor zwei Notwendigkeiten stehen wir. Die Arbeiterklasse darf sich nichts aus den Händen nehmen lassen, was sie errungen hat; auf der andern Seite müssen wir die Industrie auf dem ausländischen Markt konkurrenzfähig machen. Wir haben in einer Senatsitzung den Gedanken ausgesprochen, ob sich nicht eine andere Organisation des Konsums durch öffentliche Verteilungstellen schaffen lasse, die es ermögliche, ohne daß der Arbeiterklasse etwa durch ein Trucksystem Nachteile erwachsen können, zum Teil an die Stelle des Geldlohns den Naturallohn zu setzen. Ich bitte, wohl zu bemerken, um was es sich handelt. Einerseits soll es dem Arbeiter ermöglicht werden, mehr Nahrungsmittel und Genussmittel zu bekommen, eine höhere Lebenshaltung zu führen, auf der andern Seite sollen wir von den hohen Preisen befreit werden, soll der hohe Geldausdruck verschwinden, um eine Konkurrenz auf dem ausländischen Markte zu ermöglichen. (Sehr richtig!) In welcher Weise dies durchgeführt werden kann, würde noch näher zu erörtern sein.

Wir haben ferner in jener Zusammenkunft mit dem Wirtschaftsrat erklärt, daß die sozialpolitische Abteilung zu einem Gericht in gewerblichen Streitigkeiten, bei Lohnforderungen,

Streiks usw. auszubauen sei. Wenn wir nicht dahin kommen, daß die Arbeitstätigkeit ausgenommen wird, wenn das Wirtschaftsleben nicht belebt wird, dann stehen wir bald vor dem Ende, dem Zusammenbruch. Dann wird die Arbeitslosigkeit wachsen. Der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, diese nächstliegende Forderung führte uns zu jenem Gedanken, die sozialpolitische Abteilung zu einem solchen Gericht in gewerblichen Fragen auszubauen. Wenn also in einem Betriebe Lohnforderungen gestellt werden, zu Streiks übergegangen werden soll, soll über die Streitfrage der Rat als Vertretung der Arbeiterklasse zu Gericht sitzen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß dieser Gedanke bei allen, die in die Dinge hineinzusehen vermögen, Zustimmung hat. (Sehr richtig!)

Es hat sich ein Rat geistiger Arbeiter gebildet sowie ein Offiziersausschuß. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, Schichten, die bisher zugunsten des Kapitalismus wirkten, hinter sich zu stellen und sie der Revolution dienstbar zu machen. Die Schulkommission des Rats behandelt die Fragen der geistigen Bildung des Menschen, die Erziehung, die Universitätsfrage und alles, was daranhängt. Die Universitätsfrage würde das gegebene Gebiet bilden, auf dem die geistigen Arbeiter sich betätigen und sehr viel Nützliches leisten können. Der Offiziersausschuß hat sich an den Arbeiter- und Soldatenrat gewandt und ihn ersucht, den Offizieren, die sich auf den Boden der gegebenen Tatsache stellen, ein Existenzminimum zu gewähren. An und für sich handelt es sich hier um eine Sache des Reichs; aber ich glaube nicht, daß es den Ansichten der Delegierten entsprechen würde, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir diese Bevölkerungsgruppe glatt abweisen. Ich denke natürlich nicht daran, daß sich diese Herren weiter als Offiziere beschäftigen sollen; aber ich glaube, es wird sich für manchen von ihnen ein nützlicher Beruf finden lassen, bei der Umstellung der Industrie oder wenn sie die Arbeitsvermittlung, die wir für alle Bevölkerungsklassen einrichten, in Anspruch nehmen. (Sehr richtig!)

Dann komme ich mit einigen Worten auf die allgemeine Lage zu sprechen. Die russische Revolution hat dem Proletariat der Welt gewaltige Dienste geleistet. Sie war es, die die deutsche Diktatur zerlegte, die eigentlich den deutschen Zusammenbruch im Osten verursachte. So groß aber die Verdienste sind, die die russische Arbeiterklasse der Internationale geleistet hat, besteht doch zwischen den Bedingungen, unter denen sich der Kampf in Rußland abspielt, und den Bedingungen, die in Zentral- und Westeuropa vorherrschen, ein gewaltiger Unterschied. In Rußland herrschten im 14. Jahrhundert noch die Mongolen. Der Zarismus schuf Rußland als Staat und führte es in die europäische Staatenfamilie ein. Ein Bürgertum in unserm Sinne konnte in Rußland gar nicht entstehen. Die Industrie war entweder Staatsindustrie oder befand sich zum größeren Teil in den Händen ausländischer Kapitalisten. Das Eisenbahnetz des Landes war wenig ausgebaut und verband wenige große Städte. Die Arbeiterklasse ist in Rußland eine Minderheit. So herrschen wesentlich andere Gesellschafts- und damit Kampfbedingungen, als sie in Deutschland und Westeuropa bestehen. Die

russische Revolution steht wahrscheinlich vor dem Ende. Die Entente greift von der Ostsee, von der Ukraine aus die Sowjetrepublik zugleich an, und diese wird aller menschlichen Voraussicht nach nicht die Kraft haben, diesem konzentrierten Ansturm zu widerstehen. Wie die Dinge sich im Westen, in Frankreich und England, zurzeit entwickeln werden, läßt sich zur Stunde nicht mit voller Gewißheit sagen. Ob sich dort die Arbeiterklasse bald erhebt, wann sie die europäische Revolution fortsetzt, wissen wir nicht. Zwischen der russischen und der deutschen Revolution liegen 1½ Jahre. Setzt die westeuropäische Arbeiterklasse die deutsche Revolution fort, so doch nicht im jetzigen Augenblick. Man muß damit rechnen, daß dazwischen vielleicht Jahre liegen. So liegt die europäische Revolution und ihr Schicksal im jetzigen Augenblick in den Händen der deutschen Arbeiterklasse. Wie soll man in diesem Stadium der europäischen Revolution verfahren, welche Richtlinien, welche Politik sollen wir befolgen? Jede Bewegung in der menschlichen Gesellschaft, jedes Stadium dieser Bewegung, auch jeder revolutionären Bewegung, hat einen gegebenen objektiven Inhalt, und mer es versucht, diesen Inhalt gewaltsam zu erweitern, sich über die reale Grundlage gewaltsam hinwegzusetzen, bricht bei diesem Experiment notwendig den Hals. Das einzige, was wir tun können, ist: den Inhalt des jetzigen Stadiums der Revolution möglichst rasch und entschieden zu verwirklichen und damit im Sinne der europäischen Revolution vorwärtsstrebend zu wirken.

Wir üben heute in Deutschland wohl eine politische Herrschaft aus, aber von einer proletarischen Diktatur sind wir noch recht weit entfernt. (Sehr richtig!) Wir können heute in Deutschland wohl große Wirtschaftsgebiete in staatliche Verwaltung nehmen, wir können sie nationalisieren, ob wir sie auch in unserm Sinne sozialisieren können, ist eine andere Frage. (Sehr richtig!) Dazu die weitere Tatsache, daß die Entente auf die Verhältnisse in Deutschland unmittelbar einwirkt und einfach durch Machtgebot uns Bedingungen auferlegt, die sich nicht abweisen lassen. Es ist ja begreiflich, wenn das Bürgertum sich in bezug auf den Zusammentritt einer konstituante weitgehenden Hoffnungen hingibt; aber ich bin überzeugt, daß die Hoffnungen, die das Bürgertum auf eine konstituierende Versammlung setzt, sich nur zum kleineren Teile erfüllen können. (Sehr richtig!) So ist in einer der Senatsitzungen den Herren gesagt worden: die Dinge gehen so bunt durcheinander, das Chaos, das der Krieg hinterläßt, ist so groß, daß ohne ein großes Stück Sozialismus überhaupt keine Ordnung mehr hineinzubringen ist. (Sehr richtig!) Wenn es uns gelingt, in Hamburg die Industrie in großzügiger Weise umzustellen, wenn wir in großem Stil die Notstandsarbeiten zu produktiven Anlagen machen, so können wir auch die Arbeitsbedingungen vorschreiben. Ich unterlasse es absichtlich, jetzt Mehreres zu sagen. Aber haben wir nicht hier den Hebel in der Hand, um nicht allein auf eine neue Organisation des Konsums, sondern auch auf eine neue Organisation der Industrie hinzuwirken?

Auf der Reichskonferenz, die Anfang dieser Woche in Berlin tagte, haben wir, wie Sie wissen, zu einer andern Seite der Dinge

Stellung genommen. Die Ausführungen, die ich dort machte, gehen von dem Gedanken aus, daß eine konstituierende Versammlung noch längere Zeit auf sich warten läßt. Wie in wirtschaftlicher, leben wir auch in politischer Beziehung gezwungenermaßen von der Hand in den Mund; wir sind in der praktischen Durchführung unserer Politik gezwungen, nur an das Nächstliegende, an das Allernächstliegende zu denken; wir haben daher ein Interesse daran, den jetzigen Zustand, in dem wir die Herrschaft haben und ausüben, so fest und so solide wie möglich zu machen. (Sehr richtig!) Je fester und solider dieser Zustand ist, um so weniger wird das Bürgertum, wenn die Konstituante kommt, in der Lage sein, diesen Zustand zurückzuevidieren. In diesem Sinne hatte ich in Berlin vorgeschlagen, daß ein Zentralrat der Räte geschaffen werden müsse. Diese konsolidierte Regierung der Arbeiterklasse möge, wie es die bürgerlichen Regierungen bis dahin getan haben, neben sich ein Parlament stellen. Nur ein Parlament gibt den von der Front Zurückkehrenden die Möglichkeit, die Entwicklung der vollzogenen Revolution zu beeinflussen. Ein Parlament gäbe ferner den bürgerlichen Kreisen die Möglichkeit, ihre Wünsche auszusprechen und den Einfluß auf den Gang der Dinge zu üben, der ihrer wirtschaftlichen Stellung entspricht. Schon Lassalle hat darauf aufmerksam gemacht, wie die eigentliche Verfassung eines Landes in seinen wirtschaftlichen Zuständen liegt; versagt man wirtschaftlichen Faktoren, die noch Gewicht besitzen, die entsprechende politische Stellung, so üben sie diese politische Einwirkung doch auf anderem Wege aus und ohne daß man sie daran hindern könnte. (Sehr richtig!) Es entspricht nur einem Gebot politischer Klugheit, den gegebenen Kräften freiwillig Raum zu geben. Der Streit darüber, ob die Konstituante kommt oder nicht, ob sie für die Arbeiterklasse vorteilhaft ist oder nicht, ob das Bürgertum sie zu einem reaktionären Mittel machen kann oder nicht, dieser Streit erscheint mir einigermaßen überflüssig gegenüber der Tatsache, die gewiß ist, nämlich, daß die Konstituante kommt, und daß wir uns darauf einrichten müssen, daß sie in absehbarer Zeit da sein wird. (Sehr richtig!)

Wir sehen nun, wie sich mancherlei merkwürdige Dinge vor unsern Augen abspielen. Mancher, der vorher von der Revolution nichts wissen wollte, schließt sich ihr heute an. Ich will nicht eingehen auf jene Resolution, die vor einigen Tagen die sofortige Neuwahl des gesamten Arbeiter- und Soldatenrats forderte. Da ich als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats mir die Aufgabe gestellt habe, nach Möglichkeit über den Fraktionen zu stehen und ausschließlich dem großen Gedanken der Einigkeit, den der provisorische Arbeiterrat an die Spitze gestellt hat, zu dienen, möchte ich auch hier alles vermeiden, was trennend wirken könnte. Nur soviel sage ich daher, daß jene Resolution der Politik, die der Rat vertreten hat, nicht entspricht. (Bravo!) Was wir ins Auge zu fassen haben, ist: Wie befestigen wir die Position, die wir haben? Wie werden wir vom Standpunkt einer einheitlichen, einer revolutionären Arbeiterklassenpolitik aus den Bedürfnissen des kommenden

Wahlkampfes gerecht? Von jeher hat derjenige in den Wahlkämpfen am besten abgeschnitten, der am frühesten aufgestanden war. Will man einen Wahlkampf erfolgreich führen, so muß man sich zeitigen darauf einrichten. Die Frage, wie wir uns im Wahlkampf verhalten wollen, ist nicht nur von großer Bedeutung, sie ist vielmehr grundlegend für die Politik des Arbeiterrats und für das Zusammenwirken der Fraktionen im Rat. Den Notwendigkeiten dieses Wahlkampfes wird sich alles unterordnen müssen. Es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn etwa dieselben Fraktionen, die im Arbeiter- und Soldatenrat friedlich zusammenwirkten, sich in der Öffentlichkeit herunterreißen. (Sehr richtig!) Daß das nicht eintritt, ist eine Lebensfrage nicht nur für die Arbeiterklasse in Hamburg, sondern für die ganze deutsche Revolution. (Sehr richtig!) Zerbrechen, zerfallen unsere Arbeiter- und Soldatenräte, dann ist das Spiel dann ist die Revolution für die Arbeiterschaft vergeblich gewesen und verloren. Darüber muß man sich klar sein.

Einen Wahlkampf kann der Rat nicht führen ohne ein großes leistungsfähiges Blatt. Ueberhaupt ist die Ratspolitik auf einem Punkte angelangt, wo sie ein großes Blatt zur Verfügung haben muß. Welchen Einfluß wir auf die Öffentlichkeit haben, in welchem Umfange wir an die Arbeiterwelt herankommen, diese und andere Fragen sind abhängig von der Frage der Presse. Im ersten Augenblick, geradezu instinktiv, hat ja die Revolution eine einheitliche Presse geschaffen. Ist doch die einheitliche revolutionäre Presse eines der wichtigsten Machtmittel der Revolution. Wie der Sieg der Revolution zunächst nicht voll ausgenutzt wurde, so wurde diese Errungenschaft nicht festgehalten. Wäre dies geschehen, so würden viele Schwierigkeiten sich nicht erhoben haben, die nun erst wieder mühsam beseitigt werden müssen.

Die Spaltung und Zerklüftung der Arbeiterbewegung in drei verschiedene Fraktionen ist an und für sich tief bedauerlich. Ueber den Fraktionen hat die Revolution die Räte, die Gebilde der revolutionären Einheit geschaffen. Wir haben im Rat Einheit, einheitliche Politik, aber wir haben noch nicht die Einigkeit. Denn Einigkeit bedingt einheitliche Organisation. Einigkeit ist die Grundforderung, die sich aus dem ganzen Gang der Dinge ergibt. Will die Revolution den Stürmen, die ihr drohen, gewachsen sein, dann muß sie den Gegnern auf der ganzen Linie und im ganzen Umfange ihrer Politik eine geschlossene Kampffront zeigen. (Sehr richtig!) Der Gedanke der Einigkeit ist heute genau so eine politische, eine revolutionäre Forderung im Sinne und im Interesse der Arbeiterklasse, wie die andern Forderungen der Revolution.

Wo aber hat die Einigkeit der Arbeiterbewegung ihren Sitz? Denn die einheitliche Organisation ist im Grunde genommen schon vorhanden. Ist die einheitliche Organisation nicht hier in diesem Saale Wirklichkeit? (Nein, Träumerei!) Doch, Genossen, die einheitliche Organisation ist in ihren Grundlagen da; der Gedanke der

Einigkeit — seine Träger sind die Arbeiterdelegierten der Betriebe. (Sehr richtig!) Genossen! Hier haben wir den Grundstock. Ihr seid diejenigen, die die Ratzpolitik tragen, diejenigen, die hinter dem Arbeiter- und Soldatenrat stehen und ihm sein Gewicht und seine Bedeutung geben. (Sehr richtig.) Hier ist der Boden, von dem aus der Gedanke der einen Organisation sich erheben kann und Kraft gewinnen soll. Darüber müssen wir uns klar sein: die einheitliche Haltung vor der Öffentlichkeit, die einheitliche Politik, die aus der Revolution geboren ist und sie zum Siege führt, dieser Einheitsgedanke kann und darf nicht verlassen, darf nicht zerbrochen werden, wenn nicht die Revolution selbst verloren sein, wenn nicht die Erfolge schließlich wiederum in großem Umfange rückgängig gemacht werden sollen. Von dem Augenblick an, wo Eure Einheit hier in diesem Saale zerbricht, von dem Augenblick muß nicht nur der Arbeiter- und Soldatenrat, sondern die ganze Revolution in Hamburg einpacken. Von dem Tage an triumphieren die Gegner über Euch. (Sehr richtig!)

Darüber seid Euch klar, daran denkt. Es ist notwendig, Einheit zu haben und Einigkeit zu halten. Diese Notwendigkeit wird den kommenden Wahlkampf beherrschen. Diese Notwendigkeit wird und muß sich durchsetzen. Die Hamburger Arbeiter haben beim Ausbruch der Revolution eine entscheidende Rolle gespielt. Die Vorgänge, die sich hier abgepielt haben, sind für den Fortgang der Revolution im Reich bestimmend gewesen. Und wie damals die Arbeiterklasse Hamburgs vorbildlich gehandelt hat, so wünsche ich, daß ihre Politik weiter vorbildlich bleiben möge; so vertraue ich, daß von dieser Stelle der Ruf ergeht und der praktische Beweis geliefert wird, daß sich trotz der Fraktionsunterschiede und über sie hinweg die Einheit der Bewegung, die Einheit der revolutionären Politik auch weiter erhalten läßt. Einheit haben wir, zur Einigkeit müssen wir kommen! Und trotz des teilweisen Widerspruchs von vorhin wiederhole ich: Die Einigkeit seid Ihr. Bleibt einig, und die deutsche Revolution wird siegen! (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)